Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 60 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 46. Mittwoch den 15. Februar 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Nutzholz-Auction.

Donnerstag, den 16. Februar a., sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Rosenthal
27 Eichen-, 13 Buchen-, 6 Nußern-, 2 Ahorn-, 5 Eschen-, 5 Maßholder- und 69 Ellern-**Nutzklötze,**
41 Stück **Schirrhölzer** und
25 Stück **Schirrstangen**
unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Leibniz-Brücke.

Leipzig, den 7. Februar 1882.

Des Raths Forst-Deputation.

Brennholz-Auction.

Freitag, den **17. Februar d. J.,** sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere **Rosenthal**
ca. 65 starke **Abraumhaufen** und
„ 160 „ **Langhaufen**
gegen sofortige Baarzahlung und unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: an der Leibniz-Brücke.

Leipzig, den 7. Februar 1882.

Des Raths Forst-Deputation.

Gesucht

wird der Maler **Carl Friedrich Eduard Hönemann,** geb. am 30. April 1841 zu Leipzig, welcher zur Fürsorge für seine der öffentlichen Unterstützung anheim gefallene Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 4. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Dolge.

Der Inhaber des abhanden gekommenen Sparcassen-Quittungsbuches, Serie II, Nr. 10,235, wird hierdurch aufgefordert, sich damit binnen drei Monaten und längstens am 15. Mai d. J. **zur Nachweisung seines Rechtes, bez. zum Zwecke der Rückgabe gegen Belohnung** bei unterzeichneter Anstalt zu melden, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Verfügung seiner Ansprüche der Inhalt dieses Buches ausgezahlt werden wird.

Leipzig, am 13. Februar 1882.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 15. Februar 1882.

Die Nachricht, daß Fürst Bismarck beabsichtige, die sogenannten Ministerconferenzen des Bundesraths Ende März stattfinden zu lassen, begegnet um so mehr Zweifeln, als der Kanzler während der ganzen zweijährigen Dauer jener Einrichtung die völlige Vernachlässigung derselben genugsam gezeigt hat, wie wenig praktischen Werth er der von ihm selbst ins Leben gerufenen Einrichtung beilege. Ursprünglich waren die Ministerconferenzen im Sinne der Bismarck'schen Eigenart gedacht, welche die Schablone so gern und oft so erfolgreich zu durchbrechen liebt: die leitenden Staatsmänner der größeren Bundesstaaten sollten in freien Besprechungen und in dem lebendigen, nichtbureaukratischen Austausch der Meinungen ein Einverständniß über die wichtigeren Vorlagen erzielen, welchem dann der verwickelte Mechanismus des Bundesraths seine formelle Zustimmung zu geben gehabt hätte. Allein was die Vortheile dieses Abkommens ausgemacht haben würde, das mußte in den Augen des Kanzlers auch einen nicht zu unterschätzenden Nachtheil in sich schließen, denn die Vertreter der größeren Einzelstaaten würden in die Ministerconferenzen unzweifelhaft ein gesteigertes Selbstbewußtsein mitgebracht haben, da sie sich nicht in der bescheidenen Rolle von Mitgliedern gefühlt hätten, die durch diesen oder jenen mit Preußen stimmenden Kleinstaat in die Minderheit versetzt werden konnten, sondern als gleichberechtigte Factoren, von denen jeder einzelne persönlich überzeugt zu werden oder selber persönlich zu überzeugen beanspruchen durfte. Man hat in diesen Bedenken wohl den Hauptgrund zu sehen, weshalb die Conferenzen bisher unterblieben sind; weder die Unfallversicherungsvorlage der vorigen Reichstagssession noch die Steuerentwürfe derselben, noch die Hamburger Frage sind anders als im regelmäßigen Verlauf der Bundesrathssession erledigt worden. Es ist denn auch gar nicht abzusehen, was jetzt den Fürsten Bismarck veranlassen sollte, gerade in einer so heiklen Frage wie diejenige des Tabaksmonopols sich der Möglichkeit einer Zurückweisung seines Projects durch die Ministerconferenzen auszusetzen, während er es in der Hand hat, die widerstrebenden größeren Bundesstaaten, vor allen Baiern und Sachsen, durch ein Mehrheitsvotum der kleineren und kleinsten Staaten, als Gefolgschaft der preußischen Stimmen, zum Schweigen zu bringen. Namentlich die baierische Regierung hätte es in den etwaigen Conferenzen bequem genug, auf die Abstimmung der Münchener Kammer vom 10. Februar, die gegen das Tabaksmonopol ausfiel, sich zu berufen. Ein größeres Maß von Wahrscheinlichkeit wird in unterrichteten Kreisen der Meldung beigemessen, daß der preußische Volkswirthschaftsrath berufen werden würde, um über die neue Unfallversicherungsvorlage zu berathen. Daß dieselbe sich ihrer Fertigstellung nähert, kann als positiv gelten. Und daß Fürst Bismarck den Wunsch hat, die Institution des Volkswirthschaftsraths nicht gänzlich einrosten zu lassen, ist um so erklärlicher, als mit der factischen Außerkraftsetzung dieser Körperschaft auch für die Freunde des deutschen Volkswirthschaftsraths der Antrieb, denselben ins Leben zu rufen, immer schwächer und schwächer werden mußte. Allerdings wird es sich allerdings annehmen, wenn der preußische Volkswirthschaftsrath die neue Unfallsvorlage ebenso bereitwillig annimmt, als er es mit dem älteren Entwurf gethan, während doch die Abweichungen zwischen beiden, nach Allem, was man hört, groß genug sind, um die Zustimmung zu dem einen Entwurf implicite als eine Verwerfung des anderen erscheinen zu lassen.

Aus der kirchenpolitischen Commission des preußischen Abgeordnetenhauses wird uns vom Montag aus Berlin geschrieben: „Wie zu erwarten gewesen, sind die Conservativen bereits eifrig bei der Arbeit, den Ultramontanen goldene Brücken zu bauen, auf welchen diese das Gebiet der Goßler'schen Vorlage als Freunde betreten können. Man weiß, weshalb das Centrum sowohl vor 2 Jahren wie in der jüngsten Debatte über das kirchenpolitische Gesetz die Form der Bischofsparagraphen, bei aller Genugthuung über seinen materiellen Inhalt, so scharf bekämpfte; es erscheint dieser Fraction als unerträglich und als unvereinbar mit den canonischen Bestimmungen, daß ein Kirchenfürst durch Gesetz „die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diöcese wieder erhalten soll." Indem die Ultramontanen einer solchen Fassung zustimmten, würden sie anerkennen, daß die renitenten Bischöfe seiner Zeit rite durch den kirchlichen Gerichtshof abgesetzt und nicht mehr Bischöfe seien. Das aber wollen und können sie nicht, wie sie erklären, und deshalb halten sie, königlicher als der König und weniger bedenklich als der preußische Justizminister, das Eintreten des Begnadigungsrechts des Monarchen für völlig genügend, um ohne Inanspruchnahme des Gesetzgebungsapparates die Zurückführung der abgesetzten Oberhirten auf ihre Stühle zu ermöglichen. Nunmehr kommen die Conservativen diesem Standpunct überraschend weit entgegen, indem sie in der kirchenpolitischen Commission den Artikel II. der Vorlage dahin abzuändern beantragen, daß es für einen begnadigten Bischof „einer erneuten staatlichen Anerkennung als Bischof seiner Diöcese nicht bedarf." Das ist mehr als das Centrum hoffen konnte, und wenn es auch in der ersten Lesung in der Commission den conservativen Antrag aus taktischen Gründen ablehnen sollte, so wird es doch im Fortgang der Berathungen und besonders im Plenum keinen Anlaß haben, sich gegen denselben zu sperren. Die Frage aber, wie sich die Regierung zu dem Antrage der Rechten stellt, bleibt entscheidend für das Schicksal des Gesetzes, und auch hier wird es gerathen sein, erst die weiteren Stadien der Verhandlungen abzuwarten, ehe ein definitives Urtheil gefällt wird. Gelingt es den conservativen Bemühungen, eine Majorität auf ihr Amendement zu vereinigen, so ist ohne Zweifel ein großes Hinderniß für das Zustandekommen der Einigung beseitigt. Daß heute in der Commission der §. 1 (Wiederherstellung der abgelaufenen Discretionsvollmachten von 1880) mit 11 gegen 10 Stimmen gefallen ist, kann in keiner Weise als präjudicirlich angesehen werden; ein solches Ergebniß war bei der einstweiligen, noch nicht geklärten Stellungnahme der Parteien selbstverständlich. Sind doch auch die gegenwärtigen Abstimmungen nur gleichsam unverbindliche, während erst die Abstimmungen der zweiten Lesung in der Commission die eigentlichen Intentionen der einzelnen Fractionen zur Geltung bringen sollen. In diesem Sinne wird man sich namentlich dafür zu hüten haben, aus dem Eintreten der Abgeordneten v. Bennigsen und Hobrecht für den §. 1 des Entwurfs auf deren Bereitwilligkeit zur Acceptirung der ganzen Vorlage zu schließen. Jene Abstimmung konnte und sollte vielmehr nur den Sinn haben, daß ein Theil der Nationalliberalen die Folgerungen ihrer Zustimmung zu dem Puttkamer'schen Gesetz zu ziehen bereit wäre, wenn die Goßler'sche Vorlage nichts Anderes enthielte als eben eine einfache Wiederholung der abgelaufenen Paragraphen. Da diese Voraussetzung fehlt resp. nur theilweise im §. 1 zutrifft, so bildet das Verhalten der genannten nationalliberalen Führer kein Präjudiz für die nächste Zukunft."

Der „Hamb. Corr." enthält einen Brief aus Rom, der sich über die Aussichten des Herrn v. Schlözer bei seinen Verhandlungen mit der Curie folgendermaßen ausspricht: „Die Bemühungen des Herrn v. Schlözer, die discretionären Vollmachten der Curie plausibel zu machen, werden ebenso fehlschlagen, wie die des Prinzen Reuß und des Geh. Rath Hubler 1880, und er wird nicht mehr Glück damit haben, wenn er wieder verlangt, daß die Curie ohne Rücksicht auf das Centrum Frieden schließe. Es ist merkwürdig, mit welcher Ausdauer der Kanzler diesem Schatten nachjagt und noch immer hofft, erst Rom und dann durch dieses das Centrum zu besiegen. „Ist es nicht seltsam", sagte kürzlich ein hochgestellter Prälat im Vaticun zu einem deutschen Geistlichen, „daß dieselbe Regierung, die sich anfangs darüber beklagte, daß die Unfehlbarkeit dem Klerus und allen Katholiken jede Freiheit genommen habe, jetzt verlangt, der Papst solle die Leitung einer deutschen parlamentarischen Partei übernehmen und ihr vorschreiben, wie sie in socialen und wirthschaftlichen Fragen stimmen solle? Das ist einfach unmöglich und geht gegen alle unsere Traditionen. Will der Kanzler das Centrum sprengen, so muß er die deutschen Katholiken zufriedenstellen, dann werden die politischen heterogenen Bestandtheile der Partei auseinanderfallen". Man wird in Rom sich der Situation gegenüber in dieser Beziehung um so mehr auf ein passives Non possumus zurückziehen, als man sich mit einem gewissen Erstaunen fragt, was der Kanzler eigentlich mit einem Gesetzentwurf bezwecke, der keine Partei für sich und nicht die geringste Aussicht auf Annahme hat.",

Die Annahme, der österreichisch-ungarische Botschafter in Paris Graf Beust dürfte die längste Zeit seinen Posten bekleidet haben, wird von Wien aus bestätigt. Man sieht in Wien ein, daß man in Deutschland, wo man dem verbündeten Oesterreich Manches zu Gute hält, die Tactlosigkeiten Beust's mit dem besten Willen schließlich nicht mehr ignoriren konnte. Immerhin sei es aber unrichtig, daß Beust's Abberufung bereits „beschlossene Sache" sei. Sie dürfte aber in nicht zu ferner Zukunft erfolgen. Das schließt aber nicht aus, daß Beust nochmals nach Paris zurückgeht (im Augenblick weilt er auf Urlaub bei Wien) und wäre es auch nur, um in der französischen Hauptstadt seine Angelegenheiten zu ordnen und sein Abberufungsschreiben zu überreichen.

Die Interpellation der Linken im österreichischen Budgetausschusse über die Sicherstellung der bei der Länderbank angelegten Staatsgelder hat, wie aus guter Quelle gemeldet wird, die Einsetzung eines Comités durch den Polenclub zur Folge gehabt, welches Informationen darüber einholen sollte, wer unter constitutioneller Verantwortlichkeit Bontoux für die Ordensverleihung vorgeschlagen und wie viel Staatsgelder und gegen welche Sicherstellung dieselben bei der Länderbank erliegen. Das Comité erfuhr authentisch, daß der Vorschlag der Ordensverleihung an Bontoux von Haymerle wegen Bontoux' Verdienste um den Sturz des Cabinets Rittitsch's ausgegangen und bei der Länderbank sieben Millionen deponirt waren. Dieselben erscheinen indeß gegenwärtig bereits vollständig zurückbezahlt. Der Polenclub gewann die Ueberzeugung von der vollkommen correcten und in Bezug auf die Wahrung des Staatsinteresses wachsamen Haltung des Finanzministers.

Der Ausschuß des Verfassungsvereins der Deutschen in Böhmen wird der am 17. dss. in Prag stattfindenden General-Versammlung folgende Anträge in Betreff der Abänderung der Artikel 1 und 24 der Statuten vorschlagen: Artikel 1. Der Deutsche Verein in Prag hat den Zweck, das nationale Bewußtsein des deutschen Volksstammes in Böhmen zu heben und zu kräftigen, die Idee der Solidarität aller Deutschen in Oesterreich zu pflegen und zu fördern, die nationalen Interessen derselben mit allen gesetzlichen Mitteln zu wahren, für die Aufrechterhaltung und Fortentwickelung des gesammtstaatlichen und freiheitlichen Charakters der Verfassungs- und Staatsgrundgesetze einzustehen und die fortschrittliche Gestaltung der Gesetzgebung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens überhaupt anzustreben. Der Verein hat seinen Sitz in Prag. Artikel 24. Wenn im Falle der Auflösung des Vereins die General-Versammlung keine anderen Verfügungen über das Vereinsvermögen trifft, so fällt dasselbe dem Deutschen Schulverein in Wien zu.

In den polnisch-aristokratischen Kreisen Wiens und Galiziens ist man — wie uns aus Wien geschrieben wird — plötzlich deutschfreundlich geworden. Wer da weiß, wie fanatisch bisher der Haß der ultramontanen polnischen Aristokratie und des Polenthums überhaupt gegen Alles, was deutsch gewesen, den wird jene plötzliche freundliche Schwenkung nicht wenig Wunder nehmen. Die Ursache derselben ist aber auch überraschend genug. Seit einiger Zeit beschäftigt nämlich die polnische Aristokratie sich sehr eifrig mit den „gestörten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland" und zieht daraus Folgerungen für die „Lösung der polnischen Frage". Durch hochgestellte Geheimagenten, welche das polnische Magnatenthum an allen europäischen Höfen unterhält, will man nämlich in Erfahrung gebracht haben, daß die bisherigen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg nicht allein wirklich gestört seien, sondern Fürst Bismarck auf alle Ereignisse völlig gefaßt sei, welche Deutschland von Rußland her drohen könnten. Als unbedingt genialer Staatsmann habe Fürst Bismarck, gleich einem klugen Heerführer, schon lange mit der Sammlung von starken Reserven sich beschäftigt, die gegebenen Falls gegen Rußland anzurücken hätten. Die Bismarck'sche Hauptreserve gegen Rußland sei — Polen, dessen Wiederherstellung in Berlin sofort verkündet und unterstützt würde, falls Rußland gegen Deutschland kriegerisch vorgehen wollte. Fürst Bismarck, heißt es weiter, habe im Hinblick auf ein solches Ereigniß bereits Sorge getragen, daß kein russischer Soldat den deutschen Boden betreten würde. Die Entscheidungsschlachten gegen Rußland würden auf den polnischen Ebenen im Vereine mit der bewaffneten polnischen Nation geschlagen werden. Was das aus einem solchen Kriege hervorgehende polnische Reich betreffe, so würde dieses die möglichst ausgedehntesten Grenzen erhalten. Es enthielte außer dem sogenannten „Congreßpolen" noch einen Theil des Großherzogthums Posen, ferner Litthauen und im Einverständnisse mit Oesterreich das Krakauer Gebiet und ganz Galizien. — Das ist, wie gesagt, die „große Neuigkeit", die mit wichtiger Miene und viel Geschäftigkeit in den polnisch-aristokratischen Kreisen Wiens und Galiziens colportirt wird, wo man, wieder einmal der polnischen Hoffnungen voll, den Krieg zwischen Deutschland und Rußland lieber heute als morgen wünscht. Einiges der hier citirten „diplomatischen Abmachungen" ist zwar schon vor einigen Tagen in deutschen Journalen zu lesen gewesen, aber das oben Angeführte ist der vollständige Text, der bezüglich der zukünftigen „europäischen Veränderungen" in gewissen (wohl etwas übergeschnappten) aristokratischen Salons in Wien, Krakau und Lemberg von Hand zu Hand geht.

Nach übereinstimmenden Nachrichten haben Freitag zwei größere Gefechte in der nördlichen Herzegowina stattgefunden, wobei die Insurgenten erhebliche Streitkräfte entwickelten und gegen die österreichischen Truppen angriffsweise vorgingen. Der eine Angriff erfolgte auf dem von Sarajewo über Kalinowitsch nach Gatschko führenden Wege, der andere nördlich von Fotscha und Uschi-Kolina. Die Absicht der Insurgenten war jedenfalls, durch das Scheljesnathal gegen Sarajewo vorzugehen und gleichzeitig die Verbindung Fotscha-Gorazda zu bedrohen. Es wurde seitens der Insurgenten mit großer Erbitterung von ½7 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittag gekämpft. Die Insurgenten sollen schließlich auf die Treskawitza-Planina zurückgedrängt worden sein, wo sie ein Lager bezogen haben. Ihr Verlust soll über 20 Todte betragen, darunter der Knes (Fürst) von Ledize und mehrere Freiwillige aus Timowa.

Vom Insurrectionsschauplatze wird der Wiener „Presse" aus Zara telegraphirt: „In der Woche di Cattaro besert sich die Lage; die Crivoscianer beginnen seit dem Anmarsch der Truppen einzulenken. Die Nachbarorte von Crivoscie, auf deren Anschluß die Crivoscianer rechneten, haben ein Telegramm an die in Zara erscheinende Zeitung „Narodni list" gerichtet, in welchem sie jede Solidarität mit den Crivoscianern zurückweisen, die Störung des Friedens in der Herzegowina beklagen und ihre Treue und Ergebenheit für den Kaiser und das Reich betheuern. Dieselben erklären sich ferner zur Bildung von Freiwilligen-Colonnen gegen die Insurgenten bereit, bis jetzt sind schon zehn solcher Colonnen gebildet. Aus der Herzegowina begeben sich unausgesetzt Freiwillige nach Metcovic, um in den Militairdepots Gewehre in Empfang zu nehmen, bis jetzt sind schon gegen 5000 Gewehre an Freiwillige ausgehändigt worden. In dem Kreise von Ragusa formiren sich ebenfalls Freiwilligen-Colonnen".

In maßgebenden militairischen Kreisen Wiens gedenkt man im Hinblick auf die Stimmung und Verhältnisse in Bosnien und der Herzegowina die jedesmalige Einberufung der Reservisten zu vermeiden und die Bildung eigener Mobil-Bataillone anzuordnen, welche für den Dienst in den occupirten Provinzen bestimmt sein sollen. — Die Rathskammer des Lemberger Strafgerichtes beschloß, die Berufung der verhafteten Ruthenen gegen die Anordnung der Verwahrungshaft nicht zu berücksichtigen. — In Folge der jüngsten Vorgänge in Lemberg ist der dortige Statthalter v. Snoinski telegraphisch nach Wien berufen worden, wo er bereits eingetroffen.

Es entspricht dem wohlwollenden Einvernehmen der beiden Mächte, daß Herr v. Giers die Skobeleff'sche Hetzrede aus freien Stücken verleugnen ließ. Um so auffallender aber erscheint die Ablehnung dieser Thatsache seitens der vom Grafen Ignatiew abhängenden Presse. Der „Pol. Kl.", der die Nachricht zuerst gebracht hatte, hält dieselbe trotz des Dementis in bestimmtester Form aufrecht. „Ohne uns in viele Worte einzulassen", schreibt derselbe, „sagen wir kurz und gerade, daß wir uns an das Dementi des „Journal de St.-Pétersbourg" nicht im Mindesten kehren und allen Zweifeln und Ableugnungen zum Trotze die Richtigkeit unserer Meldung vollständig aufrecht erhalten. — Daß Herr v. Giers aus freien Stücken sein Bedauern über die provocirenden Aeußerungen Skobeleff's hat ausdrücken lassen, ist nun einmal eine Thatsache, deren Gewicht und Bedeutung, wenn man ihr solche überhaupt beigelegt, allerdings dadurch einigermaßen verringert wird, daß man sich hinterher veranlaßt sieht, dieselbe in Abrede zu stellen. Wenn den Herren in Petersburg das Dementiren so geläufig ist, warum sind sie so zögernd, wo es gilt, die panslavistischen Hetzereien des „Rus" und der „Nowoje Wremja" zurückzuweisen? Da wäre ihr Dementirungseifer jedenfalls besser am Platze als in dem hier besprochenen Falle." Ein anderes österreichisches Blatt, die „Presse", erfährt, daß nicht nur Herr v. Giers, sondern auch der Kaiser selbst über den General Skobeleff sehr ungehalten gewesen ist. Auf Befehl des Kaisers wurde der General zum Grafen Ignatiew berufen, um sich zu rechtfertigen. Skobeleff erklärte, er könne nicht leben, ohne sich zu schlagen. Darauf erhielt er die Antwort, er möge sich auf eigene Faust schlagen, wenns ihm beliebe, vorher müsse er aber die kaiserliche Uniform anziehen, und wenn er fortfahre so zu handeln, wie er es jetzt gethan, so werde er die Erlaubniß nicht erhalten, sie je wieder anzuziehen. Es wurde ihm hierauf bedeutet, daß er sich sofort auf Urlaub zu begeben habe. — Bis jetzt hat man nicht erfahren, daß der General im Ernste daran denke, dem Rathe des Zaren zu folgen und die Uniform anzuziehen. Die slavischen Hitzköpfe sind natürlich durch das Verfahren des Zaren einigermaßen verdutzt worden. Dasselbe scheint wenigstens die gute Wirkung gehabt zu haben, den zügellosen Eifer derselben in der Presse einstweilen ein wenig zu bändigen.

Gambetta hat bei der in der Deputirtenkammer stattfindenden Vervollständigung des Präsidiums eine weitere Schlappe erlitten. Durch die Erneuerung der bisherigen Vice-Präsidenten Tirard und Goblet zu Ministern des Handels beziehentlich des Innern waren die beiden Posten in der Kammer neu zu besetzen. Gewählt wurden nun die Abgeordneten Fallières und Boysset, von denen der Letztere als der energischste Bekämpfer für die Arrondissementswahlen und als einer der erbittertsten Gegner Gambetta's angesehen wird. Die „Rép. Française" selbst kann nicht umhin, dem jüngsten Wahlresultate diese Bedeutung beizumessen. Das Organ Gambetta's betont, daß bereits dieselbe Coalition wieder zum Vorschein gekommen sei, welche am 26. Januar das vorige Cabinet gestürzt habe. Die Gambettisten, welche an Stelle Boysset's für Herisson votirten, vermochten nur 186 Stimmen auf ihren Candidaten zu vereinigen, eine Minorität, die nur etwa den dritten Theil der Deputirtenkammer darstellt. Diese Niederlage ist aber um so eclatanter, als vor der Constituirung des Cabinets Gambetta zwei von dessen Mitgliedern, die Abgeordneten Spuller und Develle, als Vice-Präsidenten der Kammer fungirt hatten, von denen Wiederwahl jetzt von vornherein Abstand genommen werden mußte. Man begreift daher, daß Gambetta und sein Anhang, für sich von der gegenwärtigen Deputirtenkammer kein Heil mehr erwartend, die Auflösungsbewegung vorbereiten. Die „Rép. française" veröffentlicht alltäglich an der Spitze ihrer Spalten eine Polemik, in welcher der Nachweis versucht wird, daß die Kammer sich in einem entschiedenen Gegensatze zur öffentlichen Meinung befinde. Daß dem Cabinet Freycinet regelmäßig seine republikanische Gesinnung attestirt wird, ändert nichts an der Thatsache, daß Gambetta bei seinen Angriffen vor Allem das Ministerium selbst ins Auge gefaßt hat. Am unangenehmsten empfindet Gambetta, daß seine zahlreichen Creaturen, die unter den letzten Ministerien in allen Dienstzweigen untergebracht worden mußten, jetzt ernstlich beseitigt werden sollen. Der Widerruf der Mission des Grafen Chaudordy nach St. Petersburg bekundet am besten, daß das Cabinet Freycinet den festen Willen hegt, sich von Gambetta völlig zu emancipiren.

Freycinet hat dem radicalen Deputirten Talandier erklärt, daß die Ausweisung Lavroff's aus Frankreich bereits durch Gambetta der russischen Regierung zugestanden gewesen sei und er selbst sich daher in der Verpflichtung befunden habe, dies Engagement inne zu halten. Gleichzeitig hat Freycinet die Einbringung einer Gesetzesvorlage zugesagt, wonach zukünftig nur solche Fremde, gegen welche eine wirkliche gerichtliche Verurtheilung ihres Landes vorliegt, politisch ausgewiesen werden könnten. Der Charakter des gegenwärtig geltenden Gesetzes von 1849 gestattet der Regierung nicht ohne Gefährdung der guten internationalen Beziehungen der einer fremden Regierung zu verweigern, was in analogen Fällen einer anderen zugestanden wurde. Die äußerste Linke wird berathen, ob sie nach diesen Aufklärungen noch ihre Interpellation aufrecht erhalten soll.

Wahrscheinlich im Hinblicke auf den bewölkten politischen Horizont rührt sich auch wieder die „Italia irredenta". Wie der Telegraph bereits berichtet, haben in Livorno Verhaftungen von Irredentisten stattgefunden, welche an einer republikanischen Kundgebung sich betheiligt und das Wappen des dortigen General-Consuls besudelt hatten. Nachträglich wird noch aus Livorno gemeldet, daß der Polizei gelegentlich mehrerer Hausdurchsuchungen zahlreiche revolutionaire Druckschriften, sowie in einem Dachbodenverschlage eine geheime Druckerei in die Hände gefallen sei. Unter den beschlagnahmten Druckschriften befand sich auch eine, die an die südslavischen Insurgenten gerichtet und vom „Actions-Comité für den Bezirk Neapel" unterzeichnet ist. Jenes „Sympathieschreiben" an die südslavischen Insurgenten enthält die maßlosesten Ausfälle gegen Oesterreich, welches als „vecchio mostro" bezeichnet wird, das die allgemeine Völkerfreiheit bedrohe.

Irland ist noch immer der gefährliche Dorn, der die englische Regierung drückt, denn trotz Aufbietung aller Mittel zur Pacification des Landes dauern die Gewaltthaten, wenn auch in etwas gemilderter Form, fort. Noch immer werden die Gerichtsvollzieher mißhandelt, wo sie sich nur blicken lassen, wird den Pächtern, die es wagen, ihren Pachtzins zu zahlen, der rothe Hahn aufs Dach gesetzt, und wenn auch die Viehverstümmelungen etwas abgenommen haben, so hören die Angriffe auf mißliebige Persönlichkeiten nicht auf, und mancher Pächter fürchtet sich, von den ihm durch das

SLUB
Wir führen Wissen.